

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Ämtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 244.

Donnerstag, den 17. Oktober 1918.

15. Jahrgang.

Ämtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

Sammlung von Wildfrüchten.
Schonzeit.
Reisen nach Elb-Lothringen.

Tageschronik

Die Kaisertruppe beielegt.
Der Reichstag erhält die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Austritt des türkischen Kabinetts (f. Welt).
Selbständigkeit Ungarns (f. Welt).

Seeeres- und Flottenbericht.

Großes Hauptquartier, 16. Oktober.

Ächtlicher Kriegsaufschlag.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flaudern lehnte der Feind seine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich auf Thourhout und gegen die Bahn Sieghem-Artort. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind, vielfach durch Panzerwagen unterstützt, heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet. An anderen Stellen wurden sie kämpfend aus und weichen den Feind in rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstoß ab. Auf dem nördlichen Angriffspunkt blieb Thourhout in unserer Hand. Westwärts des Feindes, zwischen Wervelt und Thourhout in nördlicher Richtung vorgerückt, wurden in erster Linie durch Truppen der 88. Landwehr-Division vernichtet. Südlich von Thourhout haben wir die Linie Wätere-Wegehem gehalten. Südlich von Sieghem gelang es dem Gegner, über die Bahn Sieghem-Artort hinaus vorzudringen. Ostlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Lille setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Bohain und der Dille griff der Feind erneut und harter Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohain-Weisville hielten wir ihn durch unsere Feuer nieder. Westwärts wurde nach heftigem Kampfe gegen den Widerstand des Feindes und gegen den Ort selbst mit unseren Kräften mehrfach ankämpfende Gegen gehalten. Auch der nördlich der Dille vorbrechende feindliche Angriff wurde vor unserer Linie. Die seit Bohain halt ununterbrochen im Kampfe stehende 6. bayrische Infanterie-Division zeichnete sich wiederum besonders aus. Kämpfe vor unserer neuen Stellung nördlich und nordöstlich von Lecon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der Feind hielt hier südlich der Selle und etwa in der Linie Vesle-Giffonne-Verthoult-Germain-Mont. An der Aisnefront Erdkundungsgeheile. Der zwischen Dilly und Grandpre auf Mouron entlang der Aisne vorrückende Feind Stellungsbogen wurde geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind auch gestern wieder zu westlich für ihn verlustreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vorrückenden Gatten des Bogens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

Seeeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer und in unserem Gegenstoße gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einlasses weit überlegener Kräfte und starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich vom Juvincum-Walde, südlich von Bantbeville und nordöstlich von Cunel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abschluß. Auf dem südlichen Maasufer vergrößerten sich die zwischen der Maas und nordwestlich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem unüberbrückbaren Waldgebiete in sehr heftige Kämpfe, die zu unserer Gunfte endeten. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

Erster Generalquartiermeister: Ludendorff.
(Flottenbericht siehe unter „Letzte Depesche“).

Staatssekretär Ordober über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

J. Ordober

Wilson's Antwort.

Nun ist die neue Antwort des Weltfriedensrichters Wilson da. Und sie gibt denen in vollem Umfange recht, die es für ausgeschlossen hielten, daß man von diesem Führer der angelsächsischen Raubverbrüderung eine den Interessen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit entsprechende Haltung erwarten dürfte. Wilson bedroht die deutsche Friedenspolitik offenbar als einen völligen Zusammenbruch. Er fordert daher bedingungslos Unterwerfung und bietet sich demgemäß keinerlei, irgendwelche Zugaben zu machen oder Grenzen auszuhandeln, über die etwaige Forderungen der Entente außerhalb seines nicht hinausgehen sollen. Er sieht auch vor den endgültigen Ansprüchen nicht zurück. Mit gebundenen Händen sollen wir uns übergeben. Die Räumung der besetzten Gebiete hat so zu erfolgen, daß die militärische Überlegenheit der Feinde unbedingt gesichert bleibt! Man will also vorjagen, daß jedem feindlichen Anspruch von vornherein Erfüllung sicher ist, obwohl er uns bislang nicht genannt wird. Nun, wer nicht gerade den Beirat des Prinzen Max bildet, der weiß ja, was aus sich's handelt! Die Entente-Preße der letzten Tage hat ja aus ihrem Herzen keine Würde gerufen. Welche aber wagt Wilson dem deutschen Seeere jene Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorzuwerfen, die in Wahrheit von den gegnerischen Seeräten in der unerbittlichsten Weise begangen werden. Auch verlangt er das sofortige Aufheben des verbotenen U-Bootkrieges — und der „deutsche“ Staatssekretär Erzberger hatte die Ehre, ihm durch kameradschaftliche, öffentliche Versicherungen in voraus zu schubhören! Endlich aber der Gipfel: Die Schenckensollen sollen zuerst befreit werden als bezeugende Macht, die Deutschland befreit und zum Siege geliebt haben!

Die freche Verlogenheit der Entente-Preße ist beispielhaft in dieser Wilson'schen Antwort in hellstem Lichte. Kein Deutscher, der noch Mut und Ehre im Leibe hat, kann sie ohne heftige Empörung lesen.

Angesichts dieser Antwort, die das deutsche Volk entsetzen und entmannen will, muß sich dies wie ein Warnruf erheben. Es muß zeigen, daß seine Angst und sein Entsetzen noch unüberwindlich ist. Jede der Regierung ist es nun, den empfindlichsten Verteidigungsmaß mit größter Energie zu organisieren.

Unerschrocken bleibt, daß angesichts dieses unerhörten Vorschlags des amerikanischen Präsidenten der Zusammentritt des Reichstages vor sich gehen konnte, dessen Sache es geradezu gemessen wäre, einen Kometenstern, geklopfen Protest der deutschen Volkswirtschaft gegen diese unerbittliche und angedauerliche Antwort sofort zu erteilen. Verlegt der deutsche Reichstag und die demokratische Regierung jetzt in diesem weitergeschrittenen Augenblick, kann nach das Volk selbst eine umso fräftigere Sprache sprechen — aber das Deutschland macht sich schlos und gibt sich selbst hoffnungslos auf. Die Entscheidungsfunde schlägt. Deutsches Volk, auf die Schenken!

Der Fortlaut der Note.

Washington, 14. Oktober. (Reuter). Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem internationalen Geldführer der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement, 14. Oktober 1918. Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen: Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilung der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Bedingungen und die Bedingung eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident hält sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regierung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig bereitwillig die Sicherheit und Unabhängigkeit für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten

an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß es als sicher angenommen werden kann, daß dies auch des Interes und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch der Besatzungszustand sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die

angeleglichen und unumschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlügen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen verpackt, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem Rückzuge aus Rheinland und Frankreich einen Weg zur willkürlichen Zerschlagung der zivilisierten Zivilisation betretend zurück. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten ist, so gar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht, mit Schreden und empörten Herzen hinblicken, es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck auf die Forderung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen stellt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli dieses Jahres in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt:

Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich geltend und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt zerstören kann, oder, wenn sie nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichen Unvermögen und (soweit eine Telegrammübermittlung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die oben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine

Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorhandensein des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem heldenmütigen Charakter der Bürger abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend wissen, mit wem sie verhandeln. — Der Präsident wird eine besondere Antwort an die I. und II. Regierung von Österreich-Ungarn abgeben. — Empfangen Sie dies.

Robert Lansing.

Keine Reichstags-Sitzung heute!

Berlin, 15. Oktober. Der Präsident des Reichstages hat heute am Mittwoch, den 16. Oktober anberaumte Sitzung des Reichstages ausgesetzt und sich die Anberaumung einer neuen Sitzung vorbehalten.

Preßstimmen.

Berlin, 16. Oktober.

Die Antwort des Präsidenten Wilson ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, früher, als man erwartet hat, eingetroffen. Sie führt die Diskussion fast weiter, teils erweitert sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegenüberstellung der deutschen Regierung notwendig werden, so daß das praktische Ziel der Aussprache, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen noch nicht sofort zu erreichen sind. Die Aufstellung des Prinzips ist neu, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage die heutige militärische Überlegenheit der Entente unangetastet lassen müsse. Im Zusammenhang mit dieser Frage erhebt die Note gegen die deutsche Kriegführung den Vorwurf der Ungleichheit und bedrohlich die unumschlichen Handlungen. Der Wortlaut ist unerschrocken und überlegt zum mindesten die militärischen Not-

wendigkeiten, unter deren Anwesen die deutsche Besetzung handelt, so kann nicht die Einstellung der Friedensbewegung erreicht ist. Die Verantwortung der amerikanischen Seite erfordert eingehende Beratungen. Dabei wird die deutsche Regierung sich wieder von dem Geiste der Versöhnlichkeit (1) und dem Wunsche nach Beendigung des Unterganges lösen lassen und zu ihrem Entschlusse unter Führung der Interessen des deutschen Volkes (2) stellen. Diese Hilfe, noch immer hoffnungsvolle Reize des parlamentarischen Vorkriegs wird im Volke heimlich vorhanden werden.

Unter der Überschrift "Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden" führt die "Morgenpost" aus:
Wir haben lange geglaubt, Herr Wilson unser Vertrauen zu scheitern, aber schließlich haben wir es getan in dem Glauben, daß es wirklich ein Rechtsfriede sei, den er vermittelt wolle. In der Tat aber ist das, was er uns mit seiner neuesten Note zumutet, nicht die Grundlage, auf der ein Rechtsfriede aufgebaut werden kann, sondern es sind die Vorbedingungen für einen Gewaltfrieden. Die Sprache der Wörtlichen Unterworte ist hochmütig und verkehrt.

Die "Allniedliche Zeitung" schreibt:
"Solange der Wortlaut der Antwort eingetroffen ist, wird sie im Reichstag nach allen Seiten beleuchtet werden und man darf annehmen, daß nun herrliche unsere Regierung einmal einige Fragen an Herrn Wilson stellen und ihn bitten wird, sich endlich in aller Deutlichkeit darüber auszusprechen, was er denn eigentlich will. Die Hoffnung aber, daß uns von Verhandlungen mit diesem Manne kein Frieden näher bringen werden, muß nach seiner neuesten Auslassung um einige Pfunde zurechtgedrückt werden."

Schmerzvolle Enttäuschung in Holland.

Haag, 15. Oktober. Gleichzeitig mit der Note erließen Extraausgaben der holländischen Blätter, welche die Antwort der amerikanischen Regierung als schmerzvolle Enttäuschung bezeichnen. Das "Sonderblad" sagt: Was verlangt Amerika jetzt? Die Grenzstaaten zur See sollen aufgeben, d. h., daß der U-Boot-Krieg aufhören soll. Die Torpedierung von Schiffen, die keine Kriegsschiffe sind, aber Truppen und Munition transportieren, ist eine Grenzakt. Aber werden auch die anderen Grenzstaaten auf See, das U-Boot-Krieg in jeder Zukunft von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung Deutschlands, aufhören, wenn der U-Bootkrieg die Antwort gegeben ist? Die Torpedierung von zwei Passagierschiffen während des Seehungrustandes über den Frieden war bedauerlich, und sie ist sicherlich von niemand mehr bedauert worden als von Deutschland selbst. Erzeuger hat dies bestätigt (s. u.). Aber gerade durch einen Waffenstillstand würden diese durch eine unentschiedene Absehung, wie sie auch die Ausnahmszustände ist, verurteilten Grenzstaaten aufhören. Die Grenzstaaten zu Lande sollen auch aufhören, aber gerade hier steht die deutsche Besatzung Amerikas direkt gegenüber. Nach der deutschen Behauptung hat das Feuer der Verbündeten das französische und spanische Land zerstört und alle Einwohner gezwungen zu flüchten. Von den Grenzstaaten in der Luft kämpfte die Note, nicht daß, was in letzter Zeit die Fliegerangriffe der Verbündeten wie zahlreich waren als die der Deutschen. Wägen wir das, daß die Autokratie in Deutschland verschwindet? Aber Deutschland würde darauf antworten können, daß sie bereits verschwunden ist. Amerika verlangt Wägen wir das. Wir dürfen annehmen, daß die deutsche Regierung sie geben wird. Welche Zeit wird sie auch den U-Boot-Krieg zum Stillstand bringen. Betreffs der Grenzstaaten zu Lande könnte Amerika sich wohl beruhigen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Amerika sein Wort einlösen wird, um einen Waffenstillstand herbeizuführen. Wenn Amerika einen wirklichen Frieden will, dann darf es den vollen Nutzen der Spannen. Es ist in Deutschland ein Geist vorhanden, der von bedingungsloser Liebergabe nichts wissen will.

Die türkische Friedensbitte an Wilson.

Notterdam, 15. Oktober. Reuters meldet aus New York vom 14. Oktober: Der spanische Botschafter hat heute die türkische Friedensnote überreicht. Der Text lautet:

Unterschiedlicher Geschäftsträger der Türkei hat die Ehre, insofern telegraphischen Auftrages seiner Regierung dem Wägen der Auswärtigen Mitteilung zu machen, daß die türkische Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten ersucht, die Aufgabe zu übernehmen, den Frieden wieder herzustellen und alle Kriegführenden aufzufordern, Beschlüsse zu erkennen, um Verhandlungen einzuleiten. Die türkische Regierung nimmt als Grundlage für die Unterhandlungen das Programm an, das in der Vorrede des Präsidenten an den Kongress vom 8. Januar und in seinen späteren Erklärungen insbesondere in seiner Rede vom 27. September niedergelegt ist. Um dem Wägen ein Ende zu machen, ersucht die türkische Regierung, Schritte zu unternehmen zur sofortigen Schließung eines allgemeinen Waffenstillstandes."

Die Friedensbewegung in Amerika.

Zürich, 15. Oktober. Laut Londoner Telegramm vom Montag hat die amerikanische Regierung am Sonntag zum ersten Male in den Vereinigten Staaten wieder Versammlungen mit der Forderung nach beschleunigtem Frieden zugelassen. Am letzten Montag wurden in New York fünf, in Chicago drei Meetings für eine schnelle Beendigung des Krieges und einen Verständigungsfrieden abgehalten, die nach einem Telegramm des Londoner "Daily Telegraph" ungefähre Tausende von Zuhörern hatten.

Friedensmüdigkeit im englischen Unterhaus.

London, 14. Oktober. Das liberale englische Blatt "Manchester Guardian" stellt fest, daß im englischen Unterhaus eine Dreiermehrheit für Aufnahme von Friedensverhandlungen auf Grund der Wägen des vierzehnten Punktes vorhanden sei.

Der spanische und holländische Gesandte bei Clemenceau.

Genf, 15. Oktober. Der "Temps" meldet, daß zwischen dem spanischen und dem holländischen Gesandten längere Besprechungen stattgefunden. Dann wurden die Gesandten dem Ministerpräsidenten Clemenceau empfohlen. Der Empfang dehnte sich bis in den Nachmittag aus.

Beisitzes in Paris und London.

Bern, 15. Oktober. Nach einem Londoner Telegramm ist Beisitzes zu wichtigen Besprechungen in Paris angenommen und begibt sich von dort nach London.

Russische Freude über die Friedensbewegung.

Stockholm, 15. Oktober. (L. U.) Russische Blätter haben den holländischen Friedensbericht dem Volke durch Ausgabe von Entschuldigungsbelegungen. In den Stöcken herrscht großer Jubel. Das Proletariat zeigt sich bereit, gegen die Kriegsheer in England und Amerika zu agieren und, wenn nötig, Deutschland kräftig zu unterstützen.

Die Ranzlerkrise beigelegt.

Berlin, 15. Oktober. Wie M. T. W. hört, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die politische Gesamtsituation des Reiches die Reichstagsfraktion der Prinzen Max von Baden im Sinne nichts einzusetzen.

Der Reichstag erhält die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Abänderung des Artikels 11.

Berlin, 15. Oktober. Der Bundesrat stimmte heute vor-mittag dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu. Der Absatz 2 des Artikels wird dahin geändert:

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küste erfolgt.

Der Absatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gesamtsätze der Reichsregierung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages."

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei Entscheidung über Krieg und Frieden gesichert.

Entschlossenheit zur Verteidigung des Vaterlandes.

Berlin, 15. Oktober. Die "Nord. Allg. Ztg." schreibt: Dem Reichstag sind von den verschiedensten Seiten telegraphische und briefliche Rundgebungen zugegangen, in denen die Entschlossenheit zur Verteidigung des Vaterlandes ausgesprochen wird. Bei der großen Zahl dieser Rundgebungen ist es dem Reichstag nicht möglich, jede einzeln zu beantworten. Es wird nicht ohne Weiteres auf diesem Wege darauf zu verzichten, daß er mit besonderem Danke von dem Reichstag zum Ausdruck kommenden Willen Kenntnis genommen hat, für das Vaterland in seiner schwersten Zeit mit allen Mitteln einzustehen.

Erzberger bedauert die Verhinderung der "Reiniker".

Die holländische Wägen vorerstigen Neuzugangs des Staatssekretärs Erzberger über die Torpedierung der "Reiniker". Der Staatssekretär erklärte u. a.:

"Ich habe nicht an, zu erklären, daß ich den Vorfall auf außerordentlich bedauerlich finde. Wenn Standpunkt zu solchen Vorkommnissen ist bekannt. Ich habe schon 1915, als ich in Rom weilte, mein Bedauern über die vielen Opfer der "Lusitania" ausgesprochen. Dies Bedauern verläßt sich in dem heutigen Fall zu gerechtfertigtem Schmerz. Hier hat die Hand eines Verhängnisses gewaltet, für das wir nicht haftbar gemacht werden können. Ich war nicht in der Lage, mich mit dem Kaiser oder einem meiner Kollegen auszusprechen, denn Sie aber versichern, daß die ganze Regierung geschlossen auf meinem Standpunkt steht, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen. Es ist jetzt Aufgabe aller beteiligten Regierungen, diesen verhängnisvollen Vorfall nicht zu einem Hindernis für das Gelingen der Friedensaktion werden zu lassen."

Die polnische Frage.

Sämtliche deutsch-polnische Organisationen haben in einem Aufruf die Vereinigung aller in den polnischen Ländern wohnenden Polens zu einem Gauen verlangt und sich dabei auf die Wägen des Reichstages bezogen. Die polnischen Annahmen gegenüber der deutschen Reichsregierung sind, daß sich in Deutschland ein Sturm der Entrüstung erhoben. In Danzig hat sich bereits ein Volksausschuß für nationale Verteidigung gebildet und Selbstverteidigung haben sich zusammengefunden in dem Spaur, lieber Gut und Blut zu kosten, als eine Abtrennung des polnischen Landes zu dulden.

Der Punkt Wilsons, auf den die Polen ihre Ansprüche gründen, lautet:
Es soll ein unabhängiger polnischer Staat gegründet werden, der alle Länder umfaßt, die von einer ungewisselhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind und den einen gesicherten Zugang zur See besitzt.

Es müssen also die in Betracht kommenden Länder von einer ungewisselhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sein. Für diese Feststellung kommt die ethnische Statistik in Frage. Bei der Volkszählung hatten als ihre Mutterproben angegeben:

in der Provinz Polen	38,42	60,90
in Reg.-Bezirk Polen	31,90	67,30
in schles. Reg.-Bez. Oppeln	40,04	62,96
in Reg.-Bez. Bromberg	49,67	49,59
in der Prov. Westpreußen	64,46	54,22
in Reg.-Bezirk Danzig	71,72	27,22
in Reg.-Bezirk Marienwerder	63,92	87,54
in der Stadt Danzig	96,50	2,1

Es hervorzuheben also nur in der Provinz Polen die polnisch-sprechende deutsch-sprechende Bevölkerung. Von einer ungewisselhaft polnischen Bevölkerung kann nirgends die Rede sein, höchstens wird man teilweise von einer gemischten Bevölkerung sprechen können.

Die erste Vorbedingung des Wägen des Reichstages, daß die Länder mit ungewisselhaft polnischer Bevölkerung zum neuen Königreich Polen geschlagen werden sollen, trifft also nirgends zu. Anstelle der heute vorhandenen polnischen Treibende würde die Bevölkerung der polnischen Ansprüche einfach eine deutsche Treibende treten und den Wägen des Reichstages. Diesen ungewisselhaft

den Folgen kann durch einen Ausschuß nur in der Richtung vorgeht werden, daß Deutschland den Polen volle kulturelle Autonomie gewährt. Damit wird auch den Polen am besten geteilt sein, eine Bestätigung von Deutschland zweifellos wirtschaftlich schwer empfinden werden.

Die "Frankf. Ztg." bespricht in einem Beisitzes den Aufruf der polnischen Polen als die ärmste der Bedingungen bei den Friedensverhandlungen. Er enthält eine falsche Ausbeutung des Wägen des Reichstages, die das deutsche Volk und seine Autonomie betreffen. Die polnische Polen, zum Frieden der Welt führen könnte. Der polnische Aufruf zu den Wägen des Reichstages, Westpreußen und einen Teil Schlesiens würde Abtrennung des Zusammenhangs mit dem Reich betonen und für eine viel größere Zahl Deutscher die Fremdenherkunft bringen. Deutsche und Polen leben in ungewisselhaftem baren Gemenge, eine feste Scheidung gebe es nicht, darum könne nicht in Trennung, sondern in Verständigung die Lösung liegen.

Danzig gegen Polen.

Der Danziger Magistrat hat an den Reichstagsrat, sämtliche Staatssekretäre, den Hauptausland und an den Reichstagsabgeordneten Weinbrenner folgendes Telegramm geschickt: Präsident Wilson ist ein unabhängiger Mann polnischer Seite notwendig gegenüber stellen wir fest, daß Danzig nicht mehr mehreren Polen angehöre darf. Unsere alle Selbstbestimmung Danzig, die durch deutsche Kultur entstanden und gewachsen ist, ist deutsch. Wir nehmen für uns das Selbstbestimmungsrecht der polnischen Bevölkerung. Deutsche und Polen leben in ungewisselhaftem baren Gemenge, eine feste Scheidung gebe es nicht, darum könne nicht in Trennung, sondern in Verständigung die Lösung liegen.

Beisitzes und Regimentsrat.

Ein bezeichnender Briefwechsel.
Der polnische Regimentsrat richtete am 4. Oktober an Generalgouverneur v. Beckler ein Schreiben, das folgenden Wortlaut hatte:

Die durch Eure Excellenz zur Überweisung an die polnische Regierung bestimmten Derwaltungsgewaltige sind von uns geringere Wichtigkeit und Bedeutung, daß sich die Frage ergibt, ob sie überhaupt die Benennung von Verwaltungswägen verdienen. Außerdem hat Eure Excellenz diese abhängig von Vorbedingung gemacht, die weder dem uns kraft des Patentes vom 12. September 1917 als höchster Behörde im Königreich Polen zu erklaren Charakter noch der Würde der polnischen Regierung entsprechen. In Anbetracht dessen, daß wir ungewisselhaft auf dem Grund des sofortigen Aufbaues des polnischen Staates stehen, müssen wir ersuchen, daß die polnische Regierung Verwaltungswägen in möglichst wenigem Umfang überwiegen werden. Die von Eure Excellenz angeforderten Bedingungen aber haben wir nicht entziffern können. Wir bitten um Aufklärung, daß der von Eure Excellenz in den oben erwähnten Schreiben eingemogene Standpunkt unerwünschte Folgen in der Entwicklung der weiteren Beziehungen zwischen dem polnischen Staat und dem Deutschen Reich nicht zu sich zieht."

Die Antwort des Generalgouverneurs vom 7. Oktober lautet:

"Ich erhielt das geschätzte Schreiben des hohen Regimentsrates vom 4. d. M. und habe die Ehre, darauf höflich zu antworten, daß ich in Würdigung der vorgelegten Gesichtspunkte die Bitte, mich länger auf den von meinsten Schreiben vom 28. September erwiderten, aus juristischen Erwägungen auszusprechen Bedingungen zu befehlen. Einen solchen Standpunkt einzunehmen ermöglichen mir zu meiner bedauerlichen Vermeidung in der heutigen Depesche des Deutschen Reichstagsrates an den Regimentsrat enthaltenen Gründe. Ich bitte den Regimentsrat, die Bitte, mich länger auf den von meinsten Schreiben um möglichst umgehend ausführliche Beschlüsse über den Umfang und den Zeitpunkt der Übernahme von Verwaltungswägen, die sie wünscht, vorzulegen. Die wohlwollende Haltung, die ich selbst, wie ich meine, immer gegenüber dem hohen Regimentsrat eingenommen habe, wird, so hoffe ich, gütig auf der weiteren Klärung des polnischen Staates unter gegenseitig auf Verständigung gestellten Vertrauen einwirken."

Der Briefwechsel bedarf — darin stimmen wir mit dem "M. T. W." überein — keines Kommentars.

Wie die "Vollz." hört, beabsichtigen die Polen im Reichstag eine Erklärung abzugeben, die eine ähnliche Lage art geltend ist, wie der Regimentsrat sie oben fest.

Senjurenzeleistungen in Polen.

Warschau, 14. Oktober. Durch Verfügung des Verwaltungswägen vom 13. Oktober wurden Senjurenzeleistungen gefordert, wonach der freien Behandlung innerer Angelegenheiten, insbesondere der politischen einschließlich der Frage der Organisation des künftigen polnischen Staates nichts mehr in Wege steht.

Wägen freiheitlich.

Polen, 15. Oktober. Fürst Lubomirski erklärte Wägen des Reichstages in Warschau eintrifft.

Warschau feiert.

Warschau, 14. Oktober. Die von den linken Parteien für heute proklamierte einseitige Arbeitseinstellung, ganz Warschau feiert. Die Festungen sind nicht erdrossen, Schiffe und Schuten sind geschossen. Der Straßenbahnverkehr ruht. In der Stadt, welche hier und da polnischen Flaggenschmuck zeigt, herrscht festliches Getriebe. Die Flugblätter der radikalen Parteien stellen die bekannten weitgehenden Forderungen auf, wie sie in den Parteiprogrammen der letzten Tage bereits zum Ausdruck gekommen sind.

Deutschland und Ausland.

Bern, 15. Oktober. Dem "Berner Bund" zufolge berichten die "Times" aus Moskau, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Moskau freundschaftlich bleiben und daß die Kündigung des Vertrages von Brest-Litovsk durch die Bolschewiken nur den die Artikel betreffende Teil des Vertrages angeht.

Paris in Visand.

Hamburg, (Br.), 15. Oktober. Aus Nizza wird gemeldet: Privatmedizinalrat deutscher Blätter zufolge herrscht in Nizza wegen des bevorstehenden Abzuges der deutschen Truppen eine panikartige Stimmung, da sich die bolschewistischen Elemente zu regen beginnen. Die deutschen Bolschewisten sind in Nizza in einer Besatzung, das Land mit den deutschen Truppen zu verlassen. Auch viele Einwohner heften die Vorbereitung zum Verlassen der Heimat.

Das Schicksal der Jarin.

"Dorothea Kombo" schreibt: Da sich der Pöpel für das Schicksal der Jarin und ihrer Töchter interessiert, wurden vom österreichisch-ungarischen Konsul in Moskau Schritte bei den Bolschewiken getan. Die Antwort lautet dahin, man wisse nicht, wo sich die Jarin und ihre Töchter befinden. Da Zweifel an der Genauigkeit der Angaben bestehen, wurden vertrauenswürdige Personen mit Nachforschungen betraut.

Eine Interimregierung in Bistand.

Sellingsros, 15. Oktober. Der Berliner Aussenpolitiker... Seltsamerweise hat man sich in keiner Weise...

Abtretung der Kasaubinseln an Schweden?

Malmö, 14. Oktober. Im Zusammenhang mit den Gerüchten... den zu räumen.

Verhandlungen mit Rumänien.

Großes Entgegenkommen für die rumänischen Wünsche.

Bukarest, 13. Oktober. Auf eine Anfrage des Abgeordneten... großes Entgegenkommen für die rumänischen Wünsche...

Durazzo geräumt.

Wien, 15. Oktober. Amlich wird verkauft: Balkankriegsschauplatz.

Das von uns geräumte Durazzo ist von den Serben... vor sich.

Der Chef des Generalstabes.

Portugal unter Belagerungszustand.

Lissabon, 14. Oktober. Ueber das portugiesische Gebiet wurde... wieder zum Gehorsam gebracht.

Heraus mit der Wahrheit!

Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben: Es gibt wohl keinen Deutschen, der sich in diesen Tagen nicht die Frage vorgelegt hat, wie war es möglich, daß so rasch der Zusammenbruch kommen konnte...

War dies nötig? Man verzweifelt uns erst die Billigung, die die Feindesseite bei der Obersten Heeresleitung gefunden habe. Man verdammt uns aber die Hände, die bei der Obersten Heeresleitung maßgebend gewesen sind. Man spekuliert wohl dabei, daß man sich selbst jagen werde, diese Gerüchte bestanden in der Ansichtlosigkeit der gegenwärtigen militärischen Lage. Hier aber erhebt sich folgende ein großes Fragezeichen. Unsere Heeresleitung hat uns vor noch nicht langer Zeit versichert, unsere Sache liegt gut, wir brauchen nur fest zu bleiben, und ganz kürzlich wurde ein Antrittsgedanke veröffentlicht, in dem der Kaiser Kampf bis zum letzten Ende in Aussicht stellte, so kürzlich, daß eine Zeitung dieses Telegramm zugleich mit der Feindesseite brachte. Was ist inzwischen geschehen? Man wird natürlich antworten: die bulgarische Zusammenbruch. Man verzweifelt aber nicht, doch auch noch nach dem bulgarischen Zusammenbruch sind beruhigende Versicherungen von militärischer Seite gegeben worden, und daß diese durch die Tatsache unterstützt werden, daß wir noch immer Truppen in Rumänien und Kasaubien haben, die wir im äußersten Notfall verwenden können, denn dort hat doch unserm Vaterlande keine unmittelbare Gefahr mehr, und das Heer ist jeden näher als der Nord. Wir haben also gar keinen Anlaß, solchen militärischen Versicherungen irgend einen Glauben zu schenken. Man muß sich freilich viel über den Geist unserer Truppen sagen, das ist richtig, aber der Geist nicht mehr der der ersten Kriegsjahre ist, so kann er doch nicht mit einem Male seit jenem Kriegeraumzug so leicht geworden sein, daß er die angelegte Haltung unserer Heeresleitung rechtfertigt. Zudem sehen wir ja auch täglich, wie tapfer die Unseren jeden Widerstand verteidigen und den Feinden Verluste zufügen, die auf die Dauer kein Heer ausstehen kann. Ueberdies dürfte es allerdings nicht, wenn dies nicht anders wäre. Denn wenn irgend etwas die Entschlossenheit des Verteidigers zu können, den Mut des Angreifers zu lähmen vermag, so ist es die Ansichtlosigkeit auf Seiten des Verteidigers, des Bluffes, daß doch alle Todesverurteilung, alle physische und geistige Anspannung vergehen ist, weil ein Blick des großen Willens genügt, den hart umkämpften Boden zu verlassen zu müssen. Was ist aber haben wir keinen Grund, an dem Geist unserer Truppen zu zweifeln.

Wenn es nun oder nicht solche militärischen Erwidlungen gewesen sind, die unsere Heeresleitung der Feindesseite haben zuzurechnen lassen, was kann es dann gewesen sein? Einen Hinweis gibt da vielleicht der Umstand, daß nicht nach dem bulgarischen Zusammenbruch, sondern erst nach der Übernahme der Regierung durch unsere Demokraten unsere Heeresleitung still geworden ist. Der Militär wird sagen, daß sich man es ja, das Vertrauen nicht mehr, unsere demokratische Regierung verlangt Wahrheit. Ich nein, wenn ich die Kraft habe, wenn ich mehr verstanden will, unsere Heeresleitung oder unserer demokratischen Regierung, so kann es für mich keinen Zweifel unterliegen, daß ich mich auf die Seite unserer Heeresleitung zu stellen habe und an das Vertrauen einfach nicht glaube, denn unsere Heeresleitung hat sich in den schwierigsten Lagen bewährt; was aber hat unsere demokratische Regierung bisher getan, das das Vertrauen zu ihr rechtfertigen könnte? Dieser Vorwurf ist also hinfällig. Ebenso fiele ich auf Grund ihrer bisherigen Bewährung es für ausgeschlossen, daß unsere Heeresleitung, wie in manchen Zeitungsartikeln behauptet wird, den

Stopp beizubringen hat. Wenn also unsere Heeresleitung von dem Augenblick an, wo unsere demokratische Regierung das Heft in die Hand bekam, still geworden ist und den Befehlshälften der Regierung gelähmt hat, so kann dies meines Erachtens nur einen Grund haben in der Weisheit, die nach Ansicht unserer Heeresleitung unsere Regierung zu meistern unfähig ist, so daß auch weiteres militärischer Widerstand aussichtslos ist. Die Weisheit hängt vom Zusammenwirken aller an der Beteiligten, nicht nur von der Tatkraft unserer Feinde ab. Sollte ein Mann wie Witkov von Anfang an das Ansehen gefaßt, so wäre es sicher nicht zu der unbegründeten Entlassung von dem Salgen jüngsten Unrecht gekommen, wohl aber die Ansicht zu einem rechtzeitigen Sprung nach Sofia, um die Weisheit und Konjunktur zum Lande zu legen. Was von der Vergangenheit gilt, gilt auch von der zukünftigen Gestaltung der Weisheit. Bevor man sich zu der schimpflichen Friedensbitte entschloß, durfte kein Mittel zur Abwendung dieser Schmach unversucht bleiben. Man mußte daher auch alle für den Kampferposten nur irgendwie in Betracht kommende Bewerber, gleichgültig, ob demokratisch oder konfessionell, daraufhin durchgehen, ob sich nicht doch einer fand, der sich getraute, die Weisheit trotz des bulgarischen Zusammenbruchs noch zu meistern, oder wenigstens das Versteckste noch hinauszuwickeln, dem Zeit gewonnen, alles gewonnen. Ich frage, ist dies geschehen? Welche der jetzigen Regierungswesen, was sie mit der Weisheit, die sie gegen die Weisheit (Sozialdemokraten), ist es aus Wankmütigen (Nationalisten), und wenn sie doch das Versteckste in namentlichen Feind freit! Deshalb frage ich, welches waren die Gründe, die die Heeresleitung zur Billigung der Friedensbitte veranlaßt hat? Waren es rein militärische, aus der gegenwärtigen Kriegslage sich ergebende Erwägungen, oder waren es Rücksichten auf Zukunftswirkungen des bulgarischen Zusammenbruchs auf die Weisheit, Zukunftswirkungen, die unsere demokratische Regierung abzuwehren unfähig ist. Man hat in demokratischen Wäldern oft genug verlangt, man solle nur dem Wolfe reinen Wein einflößen. Man wolle, so tue man es jetzt, heraus mit der Wahrheit! Bist du nicht, daß doch auch die Feindespartei die Hand gegeben werden, oder daß die Gegenpartei bei ihnen noch größer wird? Nun, ein größerer Vorteil, als durch die Räumung kann ihnen wohl nicht geboten werden, und den Gegenseitigen, der jetzt bei ihnen herrscht, zu vergrößern, dürfte keine Wahrheit mehr vermögen. Also nur heraus mit der Wahrheit!

Aus Stadt und Umgebung.

Was gibt es an Lebensmitteln? Ausgabe von Lebensmitteln: Am 17. Oktober 100 Gramm: Rauhjung und 100 Gramm Kaffee-Erlaub. Wägen- und Buttermilch-Bericht: Am 17. Oktober bei Mehl, Schmalzstraße: Vogel, Hofmarkt; Hüser, Weisheitsstraße; Zeigmann, Untermarkt und Kommer, Untermarkt. Rohfleisch- und Fleischwaren-Bericht: Am 17. Oktober nachmittags von 2-4 Uhr bei Widius, Zierler Keller.

Die rechte Arbeit für den Frieden.

Das deutsche Volk wünscht den Frieden. Mütter und Frauen erheben die Heimskehr ihrer Lieben aus Schloß und Kriegesort. Den Weg zum Frieden zeigt unser Angebot an Willen. Wenn wir ihn erfolgreich gehen wollen, dann muß unsere Front jetzt erst recht stark bleiben. Könnte der Feind durch große Gefangenenentnahme uns tatsächlich lähmen, dann würde er auf die von uns gezeigte Unerschrockenheit verzichten. Dann würde er im Glanz des Ruhms stehen, bestärkt werden. Dies zu vermeiden, ist in die Hand unserer Ehre und Mätern an der Front gegeben. Sie müssen durch den entschlossenen Willen, fest und unerschütterlich zu bleiben, dem Feinde den Wahn nehmen, daß er uns zu Boden werfen und einen Frieden diktieren könne, der unserer Vernichtung gleichkäme. Am Ende, Ihr Mütter und Frauen Deutschlands, ist es, denen danken den Vätern zu stärken im Kampf um unsere heiligen Güter. Nur Festhalten bietet Euch, Ihr Mütter und Frauen, die Gewähr für einen baldigen Frieden.

Die Erwahlten zur Stadtbürgermeisters-Vorstellung am Montag auf den 28. August 8-11 und 12-1 Uhr festgesetzt. Die Wahlen finden im Kommunionssaal des Allen Rathhauses statt. Es sind ausgeschrieben und inselbesonders neuwahlen ausgeschrieben an der 1. Abteilung: Bahndirektor Dietrich (bis 1919), Kaufmann Dohmisch (bis 1921) und Kaufmann Weisheit (bis 1921); aus der 2. Abteilung: Kaufmann Lehmann und Student Bernete. Wegen der Wahlbarkeit zu Stadtbürgermeistern wird verwiesen auf die diesbezügliche Bekanntmachung des Magistrats in der vorliegenden Nummer.

Aus Provinz und Reich.

Ein Bremerweiter Freispruch. Am Donnerstag findet eine einmalige Aufklärung des beschuldigten reitenden Polizeipostens. Der Herr Senator von Schönhan und Andolfshaus. Am Sonntag findet eine Wiederholung der erfolgreichen Operette „Das Dreimäderlhaus“ statt; es wird aber besonders das auswärtige Publikum darauf aufmerksam gemacht, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen. Am 17. Oktober geht das lustige Märchen „Nacht und Tag“ in Szene. Ein freies Stück, Antiquar aus dem Saal“ in Szene.

Schredliche Unglücksfälle.

Mogelburg, 16. Oktober. Der Zimmermann Maedel in der Wohninsideler Straße hatte in dem kleinen von ihm bewohnten Schrengeregarten Selbstmord begangen, nachdem ihm mehrfach Liebe gelungen hatten. Geliebt hat seine Ehefrau bei einer Revision des Grundbuchs unvorsichtigerweise auf eine bezügliche Verbindung, so daß der Schuß ins Auge und in die Stirn die tödliche Des-behnenwerte Maedel wird sich nun auch noch wegen jahrelanger Falschung zu verantworten haben. Ein schredlicher Unglücksfall ereignete sich hier. Ein auf dem Teichboden in voller Fahrt befindliches Straßenbahnwagen ließen die Fahrgäste nicht wahrnehmen, als er sich nach einer verheerenden Laufbahn Hund umloß, so bestieg gegen einen nach an den Fährplan stehenden Möbelswagen, daß ihm der Kopf vollständig zertrümmert wurde.

Zum Abde verurteilt Getreidewerker. Weiseweber, 16. Oktober. Getreidewerker Fuß fand das Gewehrgericht in Neuenpfort. Am 23. Mai 1918 ist die Fuß seine Ehefrau in seinem Schlafzimmer und warf, um die Spuren der Mordtat zu verwischen, die Getreide die Treppe hinunter. Fuß ermordete seine Frau, um mit seiner Getreide, einer Einmü Wagner, eine neue Ehe eingehen zu können. Er wurde zum Tode verurteilt und lebenslänglicher Verbannung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die Geispe im Schloß. Braunshweig, 16. Oktober. Die Herzogin von Braunschweig, der Erbprinz und Herr Schwaiber, ferner die Gattin, der Sohn und die Tochter des Reichsanwalters Feigen Max von Baden sind im Reichsloß zu Braunschweig verhaftet. Die Gattin des Reichsanwalters ist als geborene Herzogin von Cumberland eine Schwägerin der Herzogin Viktoria Julie von Braunschweig.

Selbstmord eines jungen Ehepaars. Hannover, 16. Oktober. In der Glorieide hinter den Bier Gremien bild der Engländer Albert Ariger aus Braunshweig und dessen Gattin tot aufgefunden worden. Ariger hat zuerst seine Gattin und dann sich selbst durch einen Schuß aus einem kleinen Revolver in die Schläfe getötet. Bei den Leiden fand man eine inaktivierte Wadung eines Soldaten in Braunshweig über 8000 Mk. über die erst vor einigen Tagen dort gefaserte Hochzeit des Paares.

Große Emissionen. Bonn, 16. Oktober. Aus Anlaß seines 70. Geburtstages ist die Kommerzialbank Friedrich Soenneken in Bonn 200 000 Mk. für die Arbeiter und Beamten seiner Firma, davon 50 000 Mk. für die Unterhaltungsstelle und 150 000 Mk. als Grundkapital zur Aufrechterhaltung der Jubiläum- und Altersrente der Arbeiter und Beamten.

Mit ihren Kindern in den Tod gegangen. Berlin, 16. Oktober. In der Nähe der Warfärde in Berlin-Gröden wurden aus dem Teufelstank die zusammengebundenen Leichen einer Frau und zweier Kinder gefunden. Die Leichen wurden ermittelt als eine Beamtinmutter A. Augustin aus Zehlendorf mit ihrer acht Jahre alten Tochter Frieda und dem sechs Jahre alten Sohn Rudo. Die Frau scheint unter der Einwirkung eines schweren Nervenleidens mit ihren Kindern in den Tod gegangen zu sein.

Wettervorausage.

Donnerstag, 17. Oktober. Jemlich heiter. Vorwiegend trocken. Wind.

Letzte Depeschen.

Wieder 41 000 Tonnen.

Berlin, 15. Oktober. (Amlich.) Im Atlantischen Ozean versenken unsere U-Boote 41 000 Br.-M.-T. Handelsflottentraum, darunter mehrere Landdampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Selbstständigkeit Ungarns.

Wien, 16. Oktober. (Eig. Draht.) Dr. Welserk wurde in der morgigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses seine vor der Versammlung abgegebene Erklärung über die Unabhängigkeit Ungarns als amtlichen Regierungspunkt wiederholt.

Neue unerwartete Forderungen.

Rotterdam, 14. Oktober. „Mach. Guerd.“ schreibt: Deutschland hat sich ergeben, das ist die unerrückliche Bedeutung der deutschen Antwort. Der Friede muß vielschichtig und nicht unmittelbar bevorstehen, aber die allgemeine Grundlage dafür ist abgeklärt und angenommen. Wilson wird sich wahrscheinlich mit der Antwort auf seine Frage über die konstitutionelle Lage in Deutschland nicht begnügen. Das Beste wäre vielleicht, wenn der Kaiser zugunsten seines Entlassens abdankte und Prinz Max Regent würde. Für einen Materialstand würden die Militärs, weil sie dem Feind damit gefassten würden, sich aus einer gefährlichen Lage in Sicherheit zu bringen, eine Vergütung haben müssen. Die beste Garantie wäre eine zeitweilige Besetzung von Essen und die Räumung Eilsch-Bahnhofs, das dann vielschichtig vorläufig von einem neutralen Lande besetzt werden könnte. Außerdem müssten die Transportschiffe und andere Schiffe vor Angriffen gesichert werden. Der U-Bootkrieg müsse für immer aufhören. Die Auslieferung der deutschen U-Bootsflotte würde eine unmittelbare Garantie dafür sein.

Parlamentarische Unterstaatssekretäre.

Berlin, 15. Oktober. Wie der Reichsanzeiger amtlich meldet, sind ernannt worden: das Mitglied des Reichstags, Schriftsteller Dr. David mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, das Mitglied des Reichstags, Arbeiterführer Giesberts mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsanzeigeramt, das Mitglied des Reichstags, Arbeiterführer Schmidt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium und zum Unterstaatssekretär im Kriegsministeriumamt Dr. Müller zum Unterstaatssekretär im Reichsanzeigeramt zu ernennen. (Von diesen Unterstaatssekretären sind 3 (David, Schmidt, Müller) Sozialdemokraten und 1 (Giesberts) Zentrumsmittglied.)

Burian vor seinem Rücktritt.

Budapest, 15. Oktober. „Al. E.“ meldet: Graf Julius Andrássy wird sofort nach seiner Rückkehr aus der Schweiz zum Minister des Außenern ernannt werden. Nebenbei sämtliche Faktoren des öffentlichen politischen Lebens, darunter Graf Tisza, sind dafür, daß Graf Julius Andrássy auf dem Balkan einzugehe.

Zunehmende Massenflucht der Bevölkerung in Holland.

Berlin, 15. Oktober. Durch die gestrigen Angriffe der Entente-Truppen in Holland hat die bereits seit einiger Zeit beobachtete Massenflucht der Bewohner, namentlich im dichtbesiedelten Belgien, eine außerordentliche Steigerung erfahren. Wenn auch alles geschieht, um das Bos dieser von Haus und Hof vertriebenen Belgier, die auf wasserbüchigen Straßen, mit dem Notdürftigen versehen, viele Wegstrecken zu Fuß in lästigen Etappen zurücklegen müssen, zu erleichtern, so bedingen doch die für eine derartige Massenflucht nicht zu beschaffenden Verkehrsmittel und die Verpflegung der aus dem bisherigen Organisationsrahmen herausgerissen eine ungeheure Menge. Nichts ist die Verhältnisse in Nordbrabant.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Welchen Frieden bekommen wir?

Der „Vorwärts“ äußert scharfe Bejorgnisse darüber, wie der Friede aussehen wird, den Wilson jetzt zwischen dem Deutschen Reich und seinen Gegnern vermitteln soll.

Die Gefahren, die der zu erwartende Friedensschluß für die Zukunft Deutschlands bringen kann, sind an dieser Stelle bereits betont worden, und zwar zu einem Zeitpunkt, als es noch möglich war, in einer auch dem „Vorwärts“ wohl angemessenen Weise diesen Gefahren vorzubeugen.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Die Nationalliberalen und die preussische Wahlreform.

Berlin, 15. Oktober. Die nationalliberale preussische Landtagsfraktion hat am Dienstag einstimmig beschlossen, dem Wahlrechtskompromiß, wie er vom Ausschluß des Herrenhauses angenommen ist, zuzustimmen.

Die Reichstagsratswahl in Berlin I.

Stichwahl zwischen Kempner und Heimann.

Berlin, 15. Oktober. In der heutigen Stichwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Johannes Kempner im Reichstagswahlkreis Berlin I wurden insgesamt 4676 Stimmen abgegeben.

Die Fliege im Bernstein.

Novanov von C. v. Adlersfeld-Allersheim.

18) (Nachdruck verboten.)

Ich wandelte als vergnügt unter Lorbeer und Palmen auf und ab und dachte, wie schön es sein müßte, sich einen Palast zu besitzen.

Einmalig nennt man das Vergnügen an Dingen, welche wir nicht kriegen.

Ich bin im Wüchigen nicht so farg; Wünsche sind der Weg zum Stolz, Des Genießens lippe Wiege.

habe ich einmal irgendwo und von irgendwem gelesen und dieser Auffassung Berechtigung zugehen müssen, so große Tugend das Genügen ja sonst auch sicherlich ist.

Das Frau v. Eschmids ist gekan, machte mich heute, in der Erinnerung an die erparten Genießung für die Straßenbahn Kopfstände, denn wenn der Christlich auch wirklich keinen großen Marktver hat, so ist seine Fassung doch wertvoll genug, um das Gesicht zu einem bedeutenden zu machen.

Während ich über diese Rästel, die mir die Eschmids ausgeben, nach nachdenke, höre ich wohl, daß vor dem Spottort ein Wagen vorfuhr, hörte die Filomena auch öffnen und mit einer männlichen Person, ich unterhalte, da ich aber an der Reuegehe nach Dingen, die mich nichts angehen, nicht liebe, so drehte ich mich nicht einmal um, als ich im Carlisle Schritte ließe.

Ist also Stichwahl zwischen Kempner und Heimann notwendig. Die Stichwahl ist auf den 29. Oktober festgesetzt.

Küchtheit des Chefs des Marineministeriums?

Wie der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig hört, wird in den nächsten Tagen auch der Chef des Marineministeriums Kommand von Müller von seinem Posten scheiden.

Hauptmann Staatssekretär.

Berlin, 15. Oktober. Wie verlautet, ist die Ernennung des hochschätzlichen Abgeordneten Konrad Hauptmann zum Staatssekretär ohne Portefeuille erfolgt.

Auf der Suche nach einem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.

Waldow bleibt?

Folgende mit feiner Ironie durchsetzte Auslassung finden wir in den „N. N.“:

Eine der bemerkwürdigsten Seiten im dem Kapitel des jungen deutschen Parlamentarismus ist sicherlich die Geschichte, wie man es anfangs, einem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes zu machen. Erst haben die Parteien, die jetzt die Mehrheit ausmachen, Jahr um Jahr geschlossen, daß die Grundzüge falsch seien, nach denen die deutsche Ernährungspolitik geleitet wurde.

Kunstverlaß in Sachsen.

Dresden, 15. Oktober. Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht einen königlichen Erlassenerlass, in dem zum Ausdruck kommt, daß Personen, die von sächsischen bürgerlichen Straferlassen wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß von Streiks, Streikdemonstrationen, Lebensmittelmangel und ähnlichen Ausnahmefällen verurteilt sind, in weitem Umfange begnadigt werden sollen.

Graf Oberndorff auf der Heimreise.

Berlin, 15. Oktober. Der deutsche Gesandte in Sofia, Graf Oberndorff, ist in Warschau eingetroffen und über Budapest nach Berlin weitergereist.

Die „Neunte“ an das Deutsche Volk.

Wer zeichnen kann und läßt es, Der sündigt wider sein Bestes. Wer jetzt kauft und greift, Der hilft dem Feind!

Anton.

Wichtige Tagung des bayerischen Landtages.

München, 15. Oktober. Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder Sitzung zusammenzutreten, in der eine Reihe von wichtigen Gesetzentwürfen beraten werden soll.

Vom Ausland

Mitritt des türkischen Kabinetts.

3333 Paşa Großweir.

Konstantinopel, 15. Oktober. Das Ministerium Talaat ist zurückgetreten. Das neue Ministerium hat die Geschäfte übernommen. Großweir und gleichzeitig Kriegsminister ist 3333 Paşa, Minister des Innern Kethi Bey, früherer türkischer Gesandter in Sofia, Marineminister ist Neouf Bey, Führer des türkischen Kriegsschiffs „Hamidie“ während des Balkankriegs, Finanzminister David Bey.

Attentat gegen Enver Pascha.

Bern, 14. Oktober. Nachrichten zufolge, die aus früherer Quelle aus Konstantinopel eingetroffen sind, soll am Mittwoch auf Enver Pascha ein Attentat verübt worden sein.

Ungarn selbständig.

Wien, 15. Oktober. In der nächsten Sitzung der ungarischen Delegation wird vermutlich eine Kundgebung aller Parteien zur Selbständigkeit Ungarns stattfinden.

Ein Propagandapunkt des neuen ungarischen Militärpräsidenten ist die Aufhebung der Resolution zwischen Ungarn und Oesterreich.

Aus Stadt und Umgebung

Das Feinheitswort.

Die Tage politischer Hochspannung und schwerer nationaler Sorgen sind ein guter Boden für Gegenüberstellung und immer neue Gedankenspiele. Es ist ja menschlich zu verstehen, daß das angestrichelte grüne Feld in diesen Tagen den Unglücksraben ein williges Gehör findet.

„Allo meinen bestlichen Dant, Der Herzog.“ jagt ich schnell gefast.

„Sie leben, wie ich höre während des Sommers auf dem Lande mit Ihrer Familie. Darf ich fragen, wo Ihre Wohnung liegt? Mein leibiger Vater hat oft Lusttage mit mir in die Umgebung Roms gemacht, bei denen wir viele wunderbare Villengärten haben; ich kann mich aber auf ein Poggio Aureo, einen „Vorberber“ nicht erinnern.“

„Mein Landhaus liegt nach Albano zu — gleich hinter Bracciano, wenn Ihnen der schöne, blaue Kratersee gleichen Namens bekannt ist, erwiderte der Herzog. „Wir können den See von unserer Terrasse aus sehen, wie er, einem schimmernden Saphir gleich, in seiner grünen Fassung liegt.“

„Nun, dann war das Erkennen ein gegenläufiges, Don Ferrando,“ erwiderte ich. „Sie irren aber, wenn Sie mich hier schon gesehen zu haben meinen.“

„Don Ferrando“ erwiderte ich. „Sie irren aber, wenn Sie mich hier schon gesehen zu haben meinen.“

„Das — das heißt ich wahrhaftig nicht gewußt,“ gefand ich etwas betreten ein. „Da dieser Palast den Namen Rococante führt, so nahm ich zwar an, daß Sie in Beziehung dazu stehen könnten, aber daß Sie inzwischen den Titel gewechselt, ahnte ich natürlich nicht.“

„Allo haben Sie sich meiner doch erinnert?“ rief er mit einem

